



# Briefing Notes

Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration

17. Juli 2023

## Afghanistan

### Verfolgungslage

Laut Meldungen vom 13.07.23 wurde Latif Yaqoubi, ein Reporter von Voice of America (VOA), am 10.07.23 von den Taliban in der südöstlichen Provinz Ghazni festgenommen. Meldungen vom 12.07.23 zufolge haben die Taliban im Kabuler Bezirk Paghman öffentlich vier Personen, darunter eine Frau, wegen „moralischer Verbrechen“ ausgepeitscht. In der Provinz Maidan Wardak wurden laut Berichten vom 10.07.23 zwei Männer und eine Frau öffentlich ausgepeitscht. Laut einem Medienbericht vom 11.07.23 wurde Aleem Jan, ein ehemaliger Mudschaheddin-Kommandeur, in der afghanischen Provinz Kapisa von Unbekannten erschossen. Meldungen vom 12.07.23 zufolge wurden in der nördlichen Provinz Panjshir dutzende Familien aufgrund des verschärften Konflikts zwischen den Taliban und der Nationalen Widerstandsfront (NRF) gewaltsam aus vier Dörfern im Bezirk Shotul der Provinz vertrieben. Nach Angaben des Norwegischen Flüchtlingsrats (NRC) vom 12.07.23 haben die Taliban ein Flüchtlingslager in Kabul zerstört, wodurch schätzungsweise 280 Familien aus ihren Siedlungen vertrieben wurden und zwei Kinder bei der Evakuierung ums Leben kamen.

### Regierungsführung

Das Außenministerium der Taliban hat am 13.07.23 eine Weisung an seine Mitarbeiter innerhalb und außerhalb Afghanistans erlassen, in der diese aufgefordert werden, sich an religiöse Praktiken zu halten. Die Taliban haben zudem laut Meldung vom 14.07.23 eine Anordnung erlassen, Lehrerausbildungszentren zu schließen. Diese Zentren wurden gegründet, um die Fähigkeiten der Lehrer zu verbessern und zweijährige Bildungsprogramme in fast allen Provinzen anzubieten. Das Bildungsministerium der Taliban erklärte, die ca. 6.000 Lehrer und Angestellten in den Zentren würden Schulen zugewiesen, um dort zu unterrichten. Diese Entscheidung habe viele Lehrer schockiert, da ihr Lebensunterhalt ausschließlich von den in den Ausbildungszentren verdienten Gehältern abhängt, insbesondere in den Provinzen, wo der Arbeitsmarkt im Vergleich zur Hauptstadt Kabul viel kleiner ist.

## Gabun

### Amtsinhaber Favorit bei den Präsidentschaftswahlen

Am 09.07.23 hat Präsident Ali Bongo seine Kandidatur für eine dritte Amtszeit bekanntgegeben. Medienberichten zufolge gilt er bei den für den 26.08.23 geplanten Wahlen als hoher Favorit. Am Wahntag werden nicht nur Präsidentschaftswahlen, sondern auch Parlaments- und Kommunalwahlen stattfinden. Bongo war 2009 seinem jahrzehntelang regierenden Vater als Staatsoberhaupt gefolgt. Die 2016 abgehaltenen letzten Präsidentschaftswahlen waren von Manipulationsvorwürfen und gewaltsamen Protesten überschattet worden. Kritikerinnen und Kritiker Bongos weisen darauf hin, dass weite Teile der Bevölkerung kaum von den erheblichen Einnahmen aus dem Ölgeschäft profitieren. Zugestanden werden Bongo bezüglich der zu Ende gehenden

Legislaturperiode gewisse Erfolge u.a. in den Bereichen Bildungswesen und Hafenausbau. Auch seien Frauenrechte gestärkt und eine Kommission zur Regulierung natürlicher Ressourcen geschaffen worden.

## **Gambia**

### **Entschädigung wegen rechtswidrig erlittener Haft**

Laut Medienbericht sprach der High Court in Kanifing einem Kläger, der einer Raubtat verdächtigt wurde, wegen rechtswidriger Haft eine Geldentschädigung in Höhe von 400.000 GMD (rd. 6024 EUR, Stand: 14.07.23) zu und ordnete zugleich dessen Freilassung an. Der Kläger sei für zwei Jahre ohne Gerichtsverfahren im Zentralgefängnis Mile II inhaftiert gewesen. Der Kläger behauptete, bei Festnahme minderjährig gewesen und im Mai 2021 in Untersuchungshaft genommen worden zu sein, ohne angeklagt oder einer Straftat beschuldigt worden zu sein. Der zuständige Richter wies bei der Urteilsverkündung u.a. darauf hin, dass rechtswidrige Inhaftierungen in regulären Haftanstalten weit verbreitet seien, ohne dass gerichtliche Verfahren in angemessener Zeit durchgeführt würden. Fälle langandauernder Untersuchungshaft sind ein Problem und anhaltend hohe Untersuchungshaftzahlen in den Gefängnissen bekannt (vgl. BN v. 26.06.23 u. 11.10.22).

## **Georgien**

### **LGBTIQ-Kundgebung nach Ausschreitungen abgesagt**

Am 08.07.23 kam es im Vorfeld der geplanten Abschlussveranstaltung der diesjährigen Pride-Woche für die Rechte von LGBTIQ-Personen in Tiflis zu Ausschreitungen, woraufhin die Kundgebung abgesagt wurde. Medienberichten zufolge stürmten mehrere Hundert homophobe Demonstrierende das Veranstaltungsgelände, verbrannten von der Polizei weitgehend unbehelligt Regenbogenfahnen und verwüsteten eine Bühne und mehrere Festzelte. Nach offiziellen Angaben wurde niemand verletzt. Das Organisationsteam der Veranstaltung und die georgische Präsidentin Surabischwili warfen der Polizei mangelnde Schutzbereitschaft und eine unzureichende Durchsetzung des Rechts auf Versammlungsfreiheit vor. Sie machten die Regierung von Ministerpräsident Garibaschwili, der sich regelmäßig gegen öffentliche LGBTIQ-Veranstaltungen ausspricht, für die Eskalation mitverantwortlich. Das georgische Innenministerium verteidigte das Vorgehen der Polizei und erklärte unter Verweis auf das offene Gelände, der Schutz der Teilnehmenden habe nur durch die Evakuierung der Veranstaltung gewährleistet werden können.

Während der jährlichen Pride-Woche kommt es in Tiflis immer wieder zu Ausschreitungen und z.T. gewaltsamen Übergriffen auf LGBTIQ-Personen und Medienvertretende (vgl. BN v. 12.07.21).

## **Ghana**

### **Inflation bei 42,5 %**

Das ghanaische Statistikamt hat am 12.07.23 eine erneut leicht angestiegene Inflationsrate von 42,5 % für Juni 2023 gemeldet. Nach einer Inflationsrate von 54,1 % im Dezember 2022, der höchsten in Ghana in den letzten zwei Jahrzehnten, waren die Zahlen zwischenzeitlich teils leicht gesunken. Das Land befindet sich aktuell in der schwersten Wirtschaftskrise seit Jahren. Der Internationale Währungsfonds (IWF) hatte ein Hilfspaket von drei Mrd. USD bewilligt, nachdem das Land um Hilfe gebeten hatte, als es im Juli 2022 zu Straßenprotesten gegen die steigenden Lebenshaltungskosten gekommen war.

## **Indien**

### **Monsunregen und Überschwemmungen**

Laut Behördenangaben vom 13.07.23 sind in Indien in mehreren Bundesstaaten durch Überschwemmungen infolge von anhaltendem Monsunregen mindestens 100 Menschen ums Leben gekommen. Große Teile der Hauptstadt Delhi stehen durch die Überflutung des Yamuna-Flusses unter Wasser, so z.B. auch das Rote Fort. Dort fiel an einem

Tag die höchste Regenmenge seit den 1980er Jahren. Der Wasserstand würde langsam sinken, befinde sich aber immer noch drei Meter über der Gefahrenmarke.

## **Irak**

### **Konflikt Türkei-PKK**

Am 11.07.23 haben mutmaßliche türkische Kampfflugzeuge die Gegend der Metina- und Gara-Berge (Provinz Dohuk/Autonome Region Kurdistan, KR-I) bombardiert, Zivilpersonen wurden Berichten zufolge nicht verletzt. Die Gegend ist aufgrund des Konflikts militärisches Sperrgebiet, Zivilpersonen ist der Zugang untersagt.

Einen Tag zuvor hat das türkische Militär den Tod zweier Soldaten bekannt gegeben, die bei bewaffneten Auseinandersetzungen mit der kurdischen Arbeiterpartei (PKK) in KR-I ums Leben gekommen waren.

### **Christliche Gemeinde**

Louis Raphael Sako, Patriarch der chaldäischen Gemeinde Irak mit Sitz in Bagdad, hat am 16.07.23 seinen Rückzug aus Bagdad angekündigt, nachdem am 03.07.23 der irakische Präsident ein Präsidialdekret von 2013 über die Anerkennung Sakos als Oberhaupt der chaldäischen Kirche in Irak sowie seine Befugnisse zum Verwalten des chaldäischen Stiftungswesens widerrufen hatte.

Präsident Rashid hatte seine Entscheidung damit begründet, dass Präsidialdekrete nur in Bezug auf Regierungsmitarbeiter erlassen werden können, nicht aber auf religiöses Personal. Die Entscheidung zum Widerruf des Dekrets kam nach einem Treffen zwischen Rashid und dem Anführer der Babylon-Bewegung, einer nominell christlichen Partei und Miliz. Sako hatte den Milizenführer wiederholt kritisiert, u.a. wegen dessen Verbindungen zu Iran-loyalen schiitischen Milizen. Bereits am 13.07.23 hatten Christinnen und Christen in Ainkawa, einer mehrheitlich christlich bewohnten Stadt nördlich von Erbil, gegen die Entscheidung Rashids protestiert. Sie werfen ihm vor, unter Druck der Iran-loyalen Milizen zu agieren und die christliche Gemeinde Iraks dadurch weiter zu untergraben.

## **Irak / Iran**

### **Tötung von KDPI-Mitglied**

Am 12.07.23 wurde ein Mitglied der Demokratischen Partei Kurdistan-Iran (KDPI) nördlich von Erbil tot aufgefunden. Der Mann wies eine Schusswunde im Kopf auf. Der Vorfall ereignete sich einen Tag nachdem Iran den weiteren Einsatz militärischer Mittel angedroht hatte, sollte Irak die Grenze zu Iran nicht ausreichend sichern und die in der Autonomen Region Kurdistan (KR-I) ansässigen iranisch-kurdischen Oppositionsgruppen nicht entwaffnen.

Die KDPI ist eine iranisch-kurdische Oppositionspartei, die von der iranischen Führung beschuldigt wird, an den Protesten gegen die iranische Regierung beteiligt zu sein. Sie wird von Teheran als terroristische Gruppierung eingeordnet. Die KDPI macht Teheran für den Tod des Mannes verantwortlich. Bereits am 07.07.23 wurden zwei Mitglieder der KDPI in Sulaimaniyya/KR-I getötet, mutmaßlich von einem Angehörigen der iranischen Streitkräfte (vgl. BN v. 10.07.23).

## **Iran**

### **Ankündigung des erneuten Einsatzes von Polizeipatrouillen zur Kontrolle von Bekleidungs Vorschriften**

Laut Medienberichten kündigte ein Sprecher der Polizeikräfte am 16.07.23 an, dass ab sofort Polizeieinheiten im öffentlichen Raum erneut Kontrollen zur Einhaltung von islamischen Bekleidungs Vorschriften vornehmen würden. Demnach sollen künftig im Falle von Verstößen zunächst Ermahnungen und ggf. Verwarnungen erteilt werden. Bei Nichtbefolgung von Anordnungen der Polizei würden rechtliche Schritte eingeleitet und Beschuldigte dem Justizsystem vorgeführt werden. Nach iranischem Strafgesetz können bei Verstößen gegen die Kopftuchpflicht Bußgelder bis hin zu zweimonatigen Haftstrafen drohen. Ein neuer Gesetzesentwurf, der dem Parlament zur Abstimmung vorliegt, sieht zunächst Verwarnungen und bei wiederholtem Verstoß Geldbußen, gemeinnützige

Maßnahmen, Berufsverbote bis hin zu Gefängnisstrafen, vor. In den vergangenen Monaten des Jahres 2023 ignorierten viele Frauen zunehmend das Verschleierungsgebot, auch als Zeichen des stillen Protests.

Unter Präsident Ebrahim Raisi wurde die öffentliche Präsenz der sog. Sittenpolizei (pers.: gasht-e ershad) seit Juli 2022 verstärkt (vgl. BN v. 11.07.22). Im Zuge landesweiter Proteste ab September 2022 kündigten einige Regierungsvertreter im Dezember 2022 das Ende dieser Polizeieinheit und deren Patrouillen an (vgl. BN v. 06.12.22).

### **Berichte über Tod zweier Gefangener in der Provinz West-Aserbaidschan**

Laut Berichten kurdischer Menschenrechtsorganisationen seien am 09.07. und 10.07.23 kurz aufeinanderfolgend zwei Insassen einer Haftanstalt in Orumiyeh (Provinz West-Aserbaidschan) gestorben. Da sich die Berichte auf nicht genannte Quellen und Angaben von Familienangehörigen der Verstorbenen beziehen, lassen sie sich schwer verifizieren. Bei einem der Männer habe es sich mutmaßlich um ein Mitglied einer kurdischen Oppositionsgruppe gehandelt. Im Gegensatz hierzu berichteten Auslandsmedien, dass sich der Mann nach offiziellen Angaben des Staatsanwaltes von Mahabad aufgrund von Betrugsvorwürfen in Haft befunden habe und an einer schwerwiegenden Erkrankung gestorben sei. Der zweite Gefangene sei aus unbekanntem Gründen inhaftiert gewesen. Angaben von Familienangehörigen zufolge seien beide Gefangene vor ihrem Tod mit Verletzungen in ein Krankenhaus eingeliefert worden.

### **Pressefreiheit: Strafverfahren gegen Zeitungsredakteur**

Laut Medienberichten vom 11.07.23 wurde in Teheran ein Strafverfahren gegen den Chefredakteur der bekannten Zeitung Shargh eingeleitet. Dem Journalisten werde u.a. vorgeworfen, nicht überprüfte und unwahre Artikel, darunter Berichte über Gewalt gegen Frauen, veröffentlicht zu haben. Mehrere Mitarbeitende des Mediums seien in diesem Zusammenhang vorgeladen worden. Die Zeitung gilt als reformerisch, da sie auch vergleichsweise kritische Themen in Bezug auf aktuelle Entwicklungen im Land aufgreift. Jüngst sorgten vor allem die Verhaftung und Anklage zweier Reporterinnen der Zeitung für Aufsehen. Sie hatten im September 2022 erstmals über den Tod einer 22-jährigen Kurdin in Polizeigewahrsam berichtet, der eine landesweite Protestwelle auslöste (vgl. BN v. 19.09.22 u. 05.06.23). Laut einem Bericht der Organisation Reporter ohne Grenzen (RSF) vom 12.07.23 befinden sich in Iran derzeit 21 Journalistinnen und Journalisten in Haft.

### **Hafturteile**

Der prominente Rapper Tomaj Salehi wurde laut Medienberichten vom 10.07.23 zu mehr als sechs Jahren Haft verurteilt. Sein Anwalt habe mitgeteilt, dass zusätzlich ein zweijähriges Ausreiseverbot sowie ein zweijähriges Berufsverbot verhängt worden sei. Der regimekritische Musiker wurde im Oktober 2022 verhaftet (vgl. BN v. 31.10.22). Er wurde beschuldigt, während der landesweiten Protestwelle durch seine Lieder und über soziale Medien zu Gewalt aufgerufen zu haben. Er habe sich bisher in der Haftanstalt Dastgerd in Isfahan (gleichnamige Provinz) in Einzelhaft befunden und sei nach der Verurteilung in die allgemeine Abteilung des Gefängnisses verlegt worden.

Einer Menschenrechtsorganisation zufolge wurde am 11.07.23 ein inhaftierter Lehrer und Zivilaktivist zusätzlich zu einer bestehenden mehrjährigen Haftstrafe zu weiteren zwei Jahren und sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Unter Verweis auf Angaben seines Anwaltes würde ihm neben Beleidigung des Revolutionsführers auch Propaganda gegen das System vorgeworfen. Demnach habe er mehrere Briefe und Audiobotschaften aus der Haft heraus veröffentlicht.

Medienberichten vom 12.07.23 zufolge wurde ein bekannter Politologe zu einer einjährigen Haftstrafe verurteilt. Ihm werde vorgeworfen unwahre Behauptungen und Inhalte verbreitet zu haben. Der Wissenschaftler habe in Publikationen wiederholt die iranische Staatsführung kritisiert. Er scheint aber andererseits auch selbst aufgrund von Verbindungen zu Regierungskreisen bereits von Aktivistinnen und Aktivisten im Ausland kritisiert worden zu sein.

### **Armutsgrenze und Mindestlohn**

Nachdem zuletzt im März 2023 der Mindestlohn in Iran um 21 % auf umgerechnet etwa 150 USD im Monat angehoben worden war, veröffentlichten nun verschiedene Institutionen einschließlich des wissenschaftlichen Dienstes des iranischen Parlamentes verschiedene Untersuchungen zur Armutsgrenze und zur Verbreitung relativer Armut innerhalb Irans. Übereinstimmend wird davon ausgegangen, dass mindestens 30 % der Bevölkerung derzeit unterhalb der Armutsgrenze leben. Im Verlauf des letzten Jahrzehnts hat sich die Armutsquote Irans damit etwa

verdoppelt, elf Mio. Menschen zusätzlich werden nun als arm eingestuft. In einer detaillierten aufgeschlüsselten Studie wurden lokale Armutsgrenzen definiert, nach denen die Armutsgrenze in Teheran bei etwa 600 USD im Monat, in anderen Städten Iran bei etwa 480 USD im Monat läge. Die Inflation gegenüber dem Vorjahr betrug je nach Warengruppe zwischen 60 und 100 %, sodass auch von Seiten des WFP ein flächendeckender Rückgang der Ernährungssicherheit und des Konsums von Fleisch und höherwertigen Nahrungsmitteln festgestellt wurde. Nach den vorliegenden Zahlen ist es also selbst Haushalten mit doppeltem Einkommen im Bereich des Mindestlohnes und ohne Kinder derzeit nicht möglich, im urbanen Iran oberhalb der Armutsgrenze zu leben. Zusätzlicher ökonomischer Druck entsteht durch die fiskalen Zwänge des Staates, der seine Einnahmeseite durch verschiedene Steuererhöhungen zu verbessern versucht.

## **Israel**

### **Andauernde Massenproteste nach Billigung eines ersten Gesetzesentwurfs zur sog. Justizreform**

Am 11.07.23 billigte die israelische Knesset nach einer ersten Lesung einen Gesetzesentwurf der im Zusammenspiel mit weiteren Gesetzen die Kontrollfunktion des Obersten Gerichtshofs in Israel begrenzen soll. Die Billigung stellt einen wichtigen Schritt in der von der Regierung angestrebten Überarbeitung des Justizsystems dar. Zwei weitere Lesungen sollen Ende Juli 2023 erfolgen, bevor der Entwurf in Kraft treten kann. Kritische Stimmen befürchten, dass durch die darin vorgesehene Aushebelung des Prinzips der „Angemessenheit“, wonach das dem Obersten Gerichtshof bislang möglich ist, eine aktivere Rolle hinsichtlich der Regierungskontrolle einzunehmen, der Weg für willkürliche Entscheidungen, unangemessene Ernennungen und Entlassungen sowie weiterführend für Korruption geebnet werden könnte.

Dieses Prinzip ermöglichte es dem Obersten Gerichtshof zuletzt die Absetzung eines von Netanyahu eingesetzten Innenministers aufgrund einer Verurteilung wegen Korruption herbeizuführen. Die bereits seit 28 Wochen andauernden wöchentlichen Proteste gegen das Reformvorhaben erfuhren nach der Knessetsitzung einen neuen Aufschwung. Tausende Menschen partizipierten landesweit. Hauptverkehrsstraßen wurden blockiert und der internationale Flugverkehr am Ben-Gurion-Flughafen gestört.

## **Jemen**

### **Wirtschaftliche Lage**

Der UN-Sondergesandte für Jemen, Hans Grundberg, hat am 10.07.23 vor dem UN-Sicherheitsrat die sich verschlechternde wirtschaftliche Lage in Jemen thematisiert.

Die Währung in den Gebieten unter Kontrolle der international anerkannten Regierung habe deutlich an Wert verloren, Straßenblockaden hätten die Transportkosten mehr als verdoppelt. Ein Großteil der jemenitischen Bevölkerung sei auf humanitäre Hilfe angewiesen, die jedoch drastisch unterfinanziert sei.

Im Zuge des Waffenstillstandes von April bis Oktober 2022 waren Ernährungsunsicherheit und Mangelernährung kurzzeitig zurückgegangen, nach Prognosen des Integrated Food Security Phase Classification (IPC) werde die Ernährungsunsicherheit in der zweiten Jahreshälfte 2023 aufgrund von Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln und Treibstoff sowie Unterfinanzierung von Hilfsprogrammen wieder ansteigen.

## **Kolumbien**

### **Waffenstillstand mit der ELN und aktuelle Sicherheitslage**

Wie in den Friedensverhandlungen vereinbart, stellten die staatlichen Sicherheitskräfte sowie die Guerilla Ejército de Liberación Nacional (ELN) offiziell zum 06.07.23 ihre Offensivaktionen gegeneinander ein, ein vollständiger, beidseitiger Waffenstillstand soll zum 03.08.23 in Kraft treten. Im Vorfeld kam es u.a. noch zu mehreren Übergriffen auf staatliche Sicherheitskräfte, mutmaßlich durch die ELN, mit drei toten Polizeibeamten in Norte de Santander sowie zur Entführung einer Militärangehörigen und ihren Kindern, die sich auf dem Weg nach Arauca befanden. Die ELN kündigte zudem ausdrücklich an, weiterhin gegen Angriffe oder Bedrohungen auf ihre Einheiten vorzugehen. Es ist daher, auch in Anbetracht der Medienberichte zur Sicherheitslage in verschiedenen Landesteilen,

davon auszugehen, dass die bestehenden Konflikte zwischen ELN und anderen bewaffneten Gruppierungen bzw. zwischen verschiedenen bewaffneten Gruppierungen oder kriminellen Banden andauern werden.

Bereits Anfang Juli 2023 hatte Bürgermeister Yáñez der Hauptstadt Cúcuta des Departements Norte de Santander mehr Unterstützung der Regierung für die Grenzregion gefordert. Dort sind seit Jahresbeginn einem Bericht von El País zufolge mehr als 160 Tötungsdelikte durch bewaffnete Gruppierungen verzeichnet worden, über 75 % davon alleine in Cúcuta. Daneben ereigneten sich immer wieder Fälle gewaltsamen Verschwindenlassens in der Region.

In der Hafenstadt Buenaventura, einem wichtigen Umschlagplatz des Drogenhandels kommt es immer wieder zu Auseinandersetzungen städtischer Banden, wie Los Shottas und Los Espartanos. Zwar habe es zwischen vorgenannten Akteuren einem Bericht der Stiftung Pares zufolge Ende letzten Jahres einen Waffenstillstand gegeben, der nach kurzer Unterbrechung im April 2023 verlängert worden sein soll, jedoch habe die Gewalt seither wieder zugenommen, weitere kriminelle Gruppierungen operierten ebenfalls in diesem Gebiet.

Bereits in den vergangenen Monaten ist immer wieder von der andauernden Gewalt gegen die indigenen Awá im Pazifikdepartement Nariño im Rahmen von Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen bewaffneten Gruppierungen berichtet worden, welche u.a. in gewaltsame Vertreibung mündete.

Die Nationale Ombudsstelle warnte am 13.07.23, dass im aktuellen Jahr bisher mindestens 23.000 Menschen, insbesondere afrokolumbianische und indigene Personen, im Departement Chocó von den Auswirkungen des bewaffneten Konflikts zwischen ELN und der paramilitärischen Gruppierung Clan del Golfo betroffen gewesen seien. Neben gewaltsamem Verschwindenlassen und Tötungsdelikten sei es in der Region in diesem Zusammenhang zur Zwangsrekrutierung von Kindern sowie gewaltsamer Vertreibung gekommen. Mindestens 14.000 Menschen seien aufgrund der Gewalt zeitweise eingeschlossen gewesen. Daneben seien Erpressungsdelikte weit verbreitet.

Laut offiziellen Angaben sind am 16.07.23 bei bewaffneten Auseinandersetzungen in Caquetá zwischen staatlichen Sicherheitskräften und einer mutmaßlichen FARC-Dissidentengruppierung zwei Soldaten getötet worden.

Außerdem seien mindestens zwölf Personen im Zuge der Ermittlungen der Sonderstaatsanwaltschaft für den Frieden (JEP) zu extralegalen Tötungsdelikten des Militärs während des bewaffneten Konflikts in Dabeiba, Antioquia (sog. falsos positivos) bedroht worden.

## **Libanon**

### **Spannungen mit Israel**

Weiterhin kommt es zu Zwischenfällen an der israelisch-libanesischen Demarkationslinie.

Am 12.07.23 kam es in der Nähe des Dorfes Al-Bustan zu einem Zwischenfall, bei dem drei Hisbollah-Mitglieder durch israelischen Beschuss verletzt wurden. Laut israelischen Angaben hätten sie sich dem Grenzzaun genähert und versucht, diesen zu sabotieren.

Am 15.07.23 wurde der libanesischer Parlamentsabgeordnete Kassem Hachem von der Baath-Partei in der Nähe des Dorfes Ghajar bei den umstrittenen Shebaa-Farmen mit Rauchgranaten durch israelische Sicherheitskräfte beschossen. Ghajar ist derzeit ein in den Fokus geratener Konfliktpunkt. Das Dorf wurde zusammen mit den Golan-Höhen von Israel annektiert, jedoch breitete die Bevölkerung später nördlich in einer damals umstrittenen Region aus, die sich seit dem Abschluss der „Blauen Linie“ zwischen Libanon und Israel in libanesischem Gebiet befindet. Aufgrund mehrerer Sicherheitsvorfälle hat Israel damit begonnen, eine Mauer um den nördlichen Teil des Dorfes zu ziehen, was von Libanon als Versuch gewertet wird, libanesisches Gebiet zu annektieren.

## **Libyen**

### **Ölfelder im Süden kurzzeitig geschlossen um die Freilassung des ehemaligen Finanzministers zu erwirken**

Am 12.07.23 soll Faraj Boumtari, ehemaliger Finanzminister der von 2015 bis 2021 tätigen Regierung der Nationalen Einheit (Government of National Accord, GNA), am Mitiga-Flughafen in Tripolis durch Mitglieder der Behörde für innere Sicherheit (Internal Security Agency, ISA) verhaftet und bis 15.07.23 an einen unbekanntem Ort festgehalten worden sein. UN-Informationen zufolge sei die ISA, deren Zweigstellen je nach Standort unter dem Einfluss der Behörden im Osten bzw. Westen Libyens arbeiten, für die Einschüchterung, willkürliche Verhaftung und teilweise

Folter zahlreicher Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten sowie in der Zivilgesellschaft tätiger Personen verantwortlich.

Um die Freilassung ihres Stammesmitgliedes Boumtaris zu erwirken, waren am 13.07.23 für zwei Tage mehrere Ölfelder im Süden Libyens durch Protestierende, welche ebenfalls zum Stamm Az-Zuwaya gehören, geschlossen worden. In der Vergangenheit wurde die Schließung von Ölfördereinrichtungen und anderer Infrastrukturobjekte regelmäßig zur Interessensdurchsetzung genutzt.

### **Gremium soll die Aufteilung der Einnahmen aus dem Erdöl- und Erdgassektor regeln**

Konkurrierende politische Akteure haben sich Medienangaben zufolge am 06.07.23 auf die Bildung eines Hohen Finanzausschusses geeinigt, der sich mit grundlegenden Fragen zur Transparenz bei der Verwendung öffentlicher Gelder und der gerechten Verteilung der Ressourcen im Land befassen soll.

Der Ausschuss setze sich u.a. aus Vertretenden des Präsidentsrates, des Repräsentantenhauses (House of Representatives, HoR), des Hohen Staatsrates, der Einheitsregierung (Government of National Unity, GNU), der Libysch-Arabischen Streitkräfte (Libyan Arab Armed Forces, LAAF) sowie der Zentralbank Libyens und der National Oil Corporation (NOC) zusammen. Im Vorfeld der Bildung des Gremiums hatte General Khalifa Haftar sich für eine gerechte Verteilung der Einnahmen aus dem Erdöl- und Erdgassektor ausgesprochen und gewarnt, diese bis Ende August 2023 notfalls mit Waffengewalt durchsetzen zu wollen.

## **Malawi**

### **Religiöse Führende in Malawi protestieren gegen gleichgeschlechtliche Ehen**

Presseberichten zufolge haben tausende Malawier und Malawierinnen am 13.07.23 in Blantyre und anderen Teilen des Landes an von der Kirche organisierten Demonstrationen gegen die Legalisierung gleichgeschlechtlicher Beziehungen teilgenommen. Laut Medienberichten setzten sich die Demonstrierenden aus Mitgliedern des Christentums und des Islams zusammen.

Die landesweiten Proteste finden zu einem Zeitpunkt statt, zu dem das Verfassungsgericht einen Fall verhandelt, in dem ein niederländischer Staatsbürger und eine malawische Transgender-Person argumentieren, dass die malawischen Gesetze gegen Homosexualität ihre Grundrechte, Menschenwürde und Privatsphäre verletzen. Homosexualität ist in Malawi eine Straftat, die mit einer Höchststrafe von 14 Jahren Gefängnis geahndet wird.

## **Mali**

### **Dschihadisten freigelassen**

Laut Medienberichten hat die malische Übergangsregierung Anfang Juli 2023 im Rahmen eines Gefangenaustauschs mindestens zwei Dschihadisten der Gruppe Islamic State in the Greater Sahara (ISGS) freigelassen. Es soll sich dabei um Oumeya Ould Albakaye und Dadi Ould Cheghoub handeln. Albakaye galt als regionaler Anführer, der die Gebiete Gourma in Mali und Oudalan in Burkina Faso befehligt hatte. Er wird für zahlreiche Angriffe auf Zivilpersonen verantwortlich gemacht. Er war im Juni 2022 von französischen Spezialkräften gefangen genommen und an die malischen Behörden übergeben worden.

## **Niger**

### **Gewalt im Südwesten des Landes**

Laut Informationen der nigrischen Armee soll es am 14.07.23 zu einem Anschlag auf einen Konvoi gekommen sein, bei dem ein Polizist und vier Zivilpersonen getötet und 19 Personen verletzt wurden. Der Konvoi war auf einer Straße nahe der Grenze zu Burkina Faso unterwegs.

Laut Angaben der UN sind im Südwesten des Landes seit Anfang Juli 2023 fast 11.000 Menschen aus ihren Dörfern geflohen. Sie fliehen vor der Gewalt von mutmaßlich dschihadistischen Gruppen, die in der Region Tillabéri im Dreiländereck zwischen Mali, Burkina Faso und Niger seit Jahren Angriffe verüben.

## Nigeria

### **Benue State und Plateau State: Tote bei Angriffen auf mehrere Ortschaften**

Bewaffnete Angreifer der regionalen Miliz Sankera haben am 07.07. und 08.07.23 im Bundesstaat Benue die Dörfer Adogo und Akpuuna angegriffen und dabei mindestens 24 Menschen getötet. Dies geht aus Medienberichten hervor. Weitere Menschen seien verletzt worden und Häuser seien niedergebrannt. Militärangehörige seien gegen die Aggressoren vorgegangen. Im Bundesstaat Benue waren Angriffe mit zahlreichen Todesopfern zuletzt keine Seltenheit (vgl. BN v. 12.06.23 u. 22.05.23). Die nigerianischen Behörden hatten Medienberichten zufolge 2020 einen Friedenspakt mit der Sankera-Miliz geschlossen, die bereits zuvor lokal für Verbrechen wie Morde, Entführungen, Raub und Viehdiebstahl bekannt war. Nachdem das Militär den Anführer der Sankera-Miliz getötet hatte, griff die Miliz erneut zu den Waffen.

Am 08.07. und 09.07.23 griffen gewaltbereite Gruppen im Bundesstaat Plateau laut Medienberichten mehrere Gemeinden in der Local Government Area (LGA) Mangu und in der LGA Jos South an. Dabei seien insgesamt rd. 20 Menschen, darunter ein Säugling, ums Leben gekommen und viele Menschen vertrieben worden. Der zuständige Gouverneur verhängte infolgedessen eine 24-stündige Ausgangssperre in der LGA Mangu. Interkommunale Gewalt ist auch im Bundesstaat Plateau, insbesondere in der LGA Mangu, weit verbreitet (vgl. BN v. 22.05.23 u. 26.06.23). Die Sicherheitsprobleme in Plateau sind nach Einschätzung des Stabschefs der nigerianischen Armee (COAS) weitgehend auf ungelöste Konflikte zwischen Viehzüchtern und Bauerngemeinschaften zurückzuführen.

Ausweislich eines aktuellen Reports von „Beacon Consulting“, einer in Nigeria ansässigen Organisation für Sicherheitsberatung, wurden im Juni 2023 in ganz Nigeria rd. 460 Angriffe verzeichnet, die zu mehr als 800 Todesopfern und rd. 240 Entführungen führten. Die Vorfälle fanden in 234 verschiedenen LGA und in der Hauptstadt Abuja statt.

### **Enugu State: Polizei tötet mutmaßliche Separatisten**

Polizeikräfte im südöstlichen Bundesstaat Enugu haben am 07.07.23 eigenen Angaben zufolge vier bewaffnete Männer getötet, die eine umstrittene einwöchige Sit-at-home-Anordnung (engl.: sit-at-home order) einer Fraktion der seit 2017 in Nigeria verbotenen Unabhängigkeitsbewegung Indigenous People of Biafra (IPOB) durchsetzen wollten. Laut Medienberichten seien von der Polizei anlässlich des Vorfalls in der Local Government Area (LGA) Enugu South auch Waffen und Munition beschlagnahmt worden. Die konkret zugrundeliegende Sit-at-home-Anordnung sei von Simon Ekpa (vgl. BN v. 06.03.23), einer IPOB-Führungspersönlichkeit, ausgerufen worden. Bei Sit-at-home-Anordnungen handelt es sich um eine Art von freiwilligen Ausgangssperren (Lockdown) der Bevölkerung in bestimmten Regionen Südostnigerias. Mit solchen Maßnahmen versuchte IPOB bereits in der Vergangenheit, Druck auf die nigerianische Regierung auszuüben. Eines der konkreten Ziele solcher Anordnungen ist es, eine Freilassung des seit Sommer 2021 inhaftierten IPOB-Anführers Nnamdi Kanu (vgl. BN v. 07.11.22) zu erwirken. Wer Sit-at-home-Anordnungen missachtet, riskiert Repressalien.

### **Ausnahmestand wegen Nahrungsmittelknappheit**

Präsident Bola Tinubu hat Medienberichten zufolge am 13.07.23 den Ausnahmestand für die Ernährungssicherheit ausgerufen, um steigende Lebensmittelpreise und -knappheit zu bekämpfen. Mit dem Ziel, Engpässen bei der Nahrungsmittelversorgung entgegenzuwirken, habe die Regierung sofortige, mittel- und langfristige Interventionen konzipiert. Diese reichen von der Bereitstellung von Düngemitteln und Getreide bis hin zur Übertragung der Verantwortung für Nahrung und Wasser an den Nationalen Sicherheitsrat (National Security Council) und weiteren Maßnahmen. Auch würden ärmere Haushalte finanzielle Zuwendungen erhalten. Laut Medienberichten hat auch der Internationale Währungsfonds vor steigenden Nahrungsmittelpreisen in Nigeria gewarnt. Zu den vielen Ursachen würden Überschwemmungsfolgen und hohe Düngemittelkosten zählen.

## Pakistan

### **Zahlreiche Tote bei zwei Anschlägen in der Provinz Belutschistan**

Laut Medienberichten vom 13.07.23 wurden bei zwei separaten Anschlägen in den Gebieten Zhob und Sui in Belutschistan bis zu zwölf Soldaten der pakistanischen Armee getötet. Sieben mutmaßliche Aufständische, die die Sicherheitskräfte angegriffen hätten, kamen ebenfalls ums Leben. Auch Zivilpersonen sollen bei den Angriffen



getötet bzw. verletzt worden sein. Eine neue Gruppierung, die sich Tehreek Jihad Pakistan (TJP) nennt, bekannte sich zu dem Anschlag auf die Garnison in Zhob.

### **IWF genehmigt Rettungspaket zur Stabilisierung der Wirtschaft**

Laut Medienbericht vom 12.07.23 hat der Internationale Währungsfonds (IWF) einem von der pakistanischen Regierung lang ersehnten Rettungspaket in Höhe von drei Mrd. USD zugestimmt. Pakistan befindet sich in einer Wirtschaftskrise und ist dringend auf finanzielle Unterstützung angewiesen. Ein schwieriges außenwirtschaftliches Umfeld, verheerende Überschwemmungen und politische Fehlentscheidungen haben zu hohen Haushalts- und Zahlungsbilanzdefiziten sowie steigender Inflation geführt.

## **Palästinensische Autonomiegebiete / Israel**

### **Westjordanland: Mehrere Tote und Verwundete bei Militäroperationen**

Während einer Sicherheitskontrolle durch israelische Sicherheitskräfte am 10.07.23 warf ein palästinensischer Autofahrer eine Granate auf sie und eröffnete das Feuer auf weitere Militärangehörige, wie die israelische Armee berichtete. Der Angreifer sei daraufhin von den Sicherheitskräften erschossen worden.

Am 16.07.23 verwundete ein palästinensischer Angreifer drei Israelis, darunter zwei Mädchen, die mit ihrem Auto eine Straße im Westjordanland befuhren, als er aus seinem fahrenden Fahrzeug das Feuer auf sie eröffnete. Ein Verdächtiger wurde später in Betlehem von israelischen Sicherheitskräften inhaftiert, sein Auto und eine Waffe konfisziert. Zwei weitere verdächtige Personen sollen ebenfalls inhaftiert worden sein.

### **Westjordanland: Journalist verhaftet**

Am 13.07.23 wurde ein palästinensischer Journalist durch die Polizei der Autonomiebehörde inhaftiert, nachdem er zuvor in sozialen Medien Aussagen der palästinensischen Führung widersprochen hatte. Der Betroffene wurde bereits vor einigen Jahren durch die palästinensischen Sicherheitsbehörden verhaftet, nachdem er über Proteste gegen die Autonomiebehörden berichtet hatte. Während seiner Haft soll er damals geschlagen und misshandelt worden sein.

## **Peru**

### **Gesundheitsnotstand wegen Guillain-Barré-Syndroms erklärt**

Aufgrund eines Anstiegs des sog. Guillain-Barré-Syndroms kündigte das Gesundheitsministerium die Verhängung eines 90-tägigen Gesundheitsnotstands an. Seit Januar 2023 seien bereits über 180 Fälle der seltenen Nervenerkrankung verzeichnet worden, vier Betroffene seien gestorben, etwa 30 Personen befänden sich noch im Krankenhaus. Alle Regionen des Landes seien betroffen. Bereits 2019 hatte es eine Häufung entsprechender Fälle gegeben.

## **Russische Föderation**

### **Umfangreiche Einschränkung der Rechte von Transpersonen**

Am 14.07.23 verabschiedete die Staatsduma ein Gesetz zum Verbot der medizinischen und rechtlichen Angleichung des Geschlechts. Demnach dürfen operative Eingriffe und medikamentöse Behandlungen wie eine Hormontherapie, die eine Änderung der Geschlechtsmerkmale einer Person zum Ziel haben, in Russland nicht länger durchgeführt werden. Hiervon ausgenommen sind Kinder mit „angeborenen physiologischen Anomalien“. Auch kann künftig, erstmalig seit 1997, nach einer vorangegangenen Operation oder Therapie keine Änderung des Geschlechtseintrages in amtlichen Personaldokumenten mehr beantragt werden. Daneben werden bestehende Ehen, in denen mindestens eine Person eine Geschlechtsanpassung durchlaufen hat, mit Inkrafttreten der Novelle ungültig. In der Folge drohen zusammenlebenden Paaren u.a. der Verlust des Rechts auf gemeinsames Eigentum, Gesundheitsauskünfte und Aussageverweigerung. Das Gesetz verbietet Transpersonen ferner die Adoption eines Kindes und die Übernahme einer Vormundschaft oder Pflegschaft. Ob Transpersonen adoptierte Kinder auch im

Falle einer bereits erfolgten Adoption wieder entzogen werden, bleibt nach Aussagen von mit der Materie vertrauten Rechtsbeiständen trotz anderslautender Zusicherungen von offizieller Seite abzuwarten.

Ärztinnen und Menschenrechtsaktivisten befürchten infolge der umfangreichen Einschränkung der Rechte von Transpersonen einen Anstieg suizidaler Handlungen und die Entstehung eines Schwarzmarktes für geschlechtsangleichende Maßnahmen mit entsprechenden Risiken für die Betroffenen. Die Ausgrenzung von LGBTIQ- einschließlich Transpersonen war zuletzt durch die Ausweitung des Verbots der „Förderung nicht traditioneller sexueller Beziehungen und Vorlieben“ im Dezember 2022 weiter forciert worden (vgl. BN v. 06.12.22).

## Senegal

### **YAW-Vorsitzende nach Anklage in Untersuchungshaft; Vorgehen gegen die politische Opposition**

Der Vorsitzende der parlamentarischen Oppositionskoalition Yewwi Askan Wi (YAW) und Generalsekretär der Oppositionspartei Patriotes africains du Sénégal pour le travail, l'éthique et la fraternité (PASTEF), Birame Souleye Diop, wurde wegen „Handlungen, die den öffentlichen Frieden gefährden“ sowie Präsidentenbeleidigung angeklagt und am 11.07.23 in Untersuchungshaft genommen. Dies teilte der Anwalt des Abgeordneten und regierenden Bürgermeisters von Thiès Nord gegenüber der Nachrichtenagentur Agence France-Presse mit. Diop wurde am 05.07.23 wegen seiner umstrittenen Äußerung über Staatspräsident Macky Sall, für welche er sich öffentlich entschuldigte, festgenommen und in verlängertem Polizeigewahrsam festgehalten (vgl. BN. v. 10.07.23). Diop ist nach Bassirou Diomaye Faye das zweite Führungsmitglied der Partei PASTEF des zu Haft verurteilten Oppositionsführers Ousmane Sonko, der wegen öffentlichen Äußerungen angeklagt und in Untersuchungshaft genommen wurde (vgl. BN v. 03.07.23).

In einer Stellungnahme vom 12.07.23 kritisierte YAW eine selektive und instrumentalisierte Justiz gegen die politische Gegnerschaft von Präsident Sall und die hohe Zahl an politischen Gefangenen und Gefangenen aus Gewissengründen im Senegal. In der laufenden Legislaturperiode der Nationalversammlung seien 14 YAW-Abgeordnete von willkürlichen Festnahmen und Inhaftierungen betroffen – u.a. wegen der Teilnahme an friedlichen Demonstrationen oder wegen freier Meinungsäußerungen. YAW rügte im Falle Diops eine Verletzung von Art. 61 der Verfassung und der Geschäftsordnung der Nationalversammlung wegen der Verletzung seiner parlamentarischen Immunität und seiner Statusrechte als Abgeordneter. Yaw forderte die Nationalversammlung auf, die Aussetzung der Strafverfolgung und der Untersuchungshaft gegen Diop zu beantragen.

Des Weiteren verbot der Präfekt von Dakar eine von PASTEF für den 15.07.23 geplante und auch angemeldete Kundgebung in einem Stadion in einem Vorort von Dakar. Zur Begründung wurden Gefahren für die öffentliche Ordnung und Sonkos jüngste Warnungen vor Chaos angeführt. PASTEF wollte Sonko als offiziellen und nach eigenen Worten auch weiterhin wählbaren Präsidentschaftskandidaten der Partei bekanntgeben. Das Versammlungsverbot wurde in Oppositionskreisen kritisiert und löste auf Demonstrationsaufruf Sonkos hin in Dakar und andernorts friedliche Proteste in Form von „Topfkonzerten“ aus.

Am 16.07.23 sei zudem der bereits unter richterlicher und elektronischer Aufenthaltsüberwachung stehende PASTEF-Kommunikationsbeauftragte, El Malick Ndiaye, festgenommen und in Polizeigewahrsam verbracht worden. Ihm werde angelastet, in einer Audiobotschaft zu Gewalt angestiftet zu haben. Ndiaye wies die Vorwürfe und Urheberchaft zurück. Zwei YAW-Abgeordnete sprachen von gefälschten Audioaufnahmen.

### **Gesundheitlich angeschlagenes PASTEF -Mitglied stirbt in Haft**

Medienberichten zufolge starb ein in Untersuchungshaft sitzendes Mitglied der Jugendorganisation von PASTEF (JF) am 07.07.23 im Gefängnis Mbour. Der Verstorbene habe erst zehn Tage zuvor die Untersuchungshaft angetreten. Die senegalischen Behörden gaben u.a. eine schwere Hypoxie und keine Fremdeinwirkung als Todesursache an. Der Verstorbene sei am 26.06.23 wegen der Teilnahme an Protesten in Nguékokh Ende Mai 2023 festgenommen worden, bei welchen er von staatlichen Sicherheitskräften am Bein verletzt worden sei. Der epilepsiekrank und behandlungsbedürftige junge Mann, dessen schlechter Gesundheitszustand ärztlicherseits nachgewiesen wurde, sei trotz anwaltlich geltend gemachter Haftuntauglichkeit in Haft genommen worden. JF zufolge ist ihr Mitglied unter bedenklichen Umständen in Haft gestorben. Der Verstorbene habe keinen angemessenen Zugang zu notwendiger medizinischer Versorgung erhalten, sei schwer krank gewesen und habe bei der vorgenannten Demonstration eine Schussverletzung erlitten. Laut Medienbericht löste dessen Tod einen

Hungerstreik unter den Gefangenen in Mbour aus. Die Gefangenen lasten den Behörden unterlassene Hilfeleistung an.

### **Zwei Journalisten werden unter richterliche Aufsicht gestellt**

Einheitlichen Medienberichten zufolge wurden Serigne Saliou Guèye, Herausgeber der privaten Tageszeitung Yoor-Yoor, und der Journalist Pape Ndiaye des Privatsenders Walf TV vorläufig freigelassen und unter richterliche Aufsicht gestellt. Zu den Maßnahmen der richterlichen Aufsicht gehören jeweils ein Ausreiseverbot und das Verbot, sich zum Inhalt der Strafverfahren zu äußern. Dem für einen Monat in Untersuchungshaft sitzenden Guèye werde wegen eines im Mai 2023 erschienenen Artikels über die senegalesische Richterschaft Beleidigung eines Richters und weitere Straftaten angelastet. Der seit März 2023 in Untersuchungshaft befindliche Ndiaye stellte die Unabhängigkeit der Justiz im seinerzeit anhängigen Vergewaltigungsprozess gegen Sonko infrage und werde wegen Verbreitung falscher Nachrichten und anderer Straftaten verfolgt (vgl. BN v. 13.03.23).

## **Sierra Leone**

### **Verschlechterung der Ernährungslage und sozioökonomischen Bedingungen**

Der Landesdirektor der NGO Action Contre la Faim in Sierra Leone, Antoine Esteban, bezeichnete die Ernährungssicherheit im Land zuletzt als besorgniserregend, die seit zwei Jahren zunehme. Ende Januar 2023 berichtete das UN-Welternährungsprogramm unter Berufung auf eine Analyse zur Ernährungssicherheit vom August 2022, dass 81 % der sierra-leonischen Haushalte unter Nahrungsmittel- und Nährstoffunsicherheit litten. 15 % seien von erheblicher Ernährungsunsicherheit betroffen und auf humanitäre Nahrungsmittelforthilfe angewiesen. Laut Esteban ist die Hälfte der Bevölkerung mit unzureichender Nahrungsmittelaufnahme konfrontiert. Es sei zu beobachten, wie die ärmsten Bevölkerungsgruppen regelmäßig negative Bewältigungsmechanismen anwenden würden – darunter das bewusste Auslassen von Mahlzeiten oder der Verzehr unreif geernteter Nahrung. Zur Ernährungsunsicherheit im Land trage zudem ein beachtlicher Rückgang der Nahrungsmittelproduktion bei, für den der Anstieg der Preise für landwirtschaftliche Betriebsmittel, Konflikte zwischen Viehzüchtlern und in der Landwirtschaft tätiger Personen sowie extreme Wetterbedingungen ursächlich seien. Sierra Leone gehöre zu dem vom Klimawandel am stärksten betroffenen Ländern Westafrikas. Inzwischen würden 60 % der Bevölkerung unter der Armutsgrenze leben. Die Inflation sei hoch und lag laut dem sierra-leonischen Statistikamt im Jahresvergleich im Mai 2023 bei rd. 44 %. Lebensmittelpreise hätten sich innerhalb eines Jahres um mehr als 50 % verteuert. Einer akademischen Quelle zufolge leidet das u.a. im Bereich der Grundnahrungsmittel stark importabhängige Land unter den gestiegenen Preisen auf dem Weltmarkt. Im August 2022 wurden bei Protesten gegen stark gestiegene Lebenshaltungskosten Dutzende Menschen getötet (vgl. BN v. 03.07.23).

## **Somalia**

### **Anschläge in Buloburde und Mogadischu**

Bei einem von al-Shabaab auf einer Straße in der Nähe von Buloburde (Region Hiraan) gezündeten improvisierten Sprengsatz (IED) wurden am 09.07.23 acht Zivilpersonen derselben Familie getötet.

Am 14.07.23 wurden bei einem Angriff al-Shabaabs auf einen Kontrollpunkt in der Nähe des Bezirkshauptquartiers von Deyniile in Mogadischu lokalen Berichten zufolge mindestens fünf Personen, darunter Mitglieder der Streitkräfte und Zivilpersonen, getötet. Weitere wurden verletzt. Nach einem Feuergefecht soll al-Shabaab die Kontrolle über den Kontrollpunkt übernommen haben. Der Angriff ereignete sich nur wenige Stunden, nachdem al-Shabaab den Kommissar für Verwaltung und Finanzen im Bezirk Marka in einem Restaurant in Mogadischu ermordet haben soll.

Am 14.07.23 zielte ein Selbstmordanschlag von al-Shabaab auf das Hauptquartier des Verteidigungsministeriums im Distrikt Wadag in Mogadischu. Bei dem Anschlag wurden mehrere Personen getötet, darunter ein ehemaliger Regierungsbeamter.

### **Blockade von Gütern in Baidoa**

Berichten zufolge soll al-Shabaab seit dem 10.07.23 den Zugang lebenswichtiger Güter, darunter Nahrungsmittel und Treibstoff, zur Stadt Baidoa (Region Bay) blockieren. Die Blockade habe zu einem Mangel der Güter geführt und die Preise steigen lassen. Einige Bewohnerinnen und Bewohner sollen daher die Stadt verlassen haben. Die Blockade soll im Zusammenhang mit der Inhaftierung von Personen, die in von al-Shabaab kontrollierte Gebiete gereist seien sollen, durch die Polizei Südwestsomalias stehen. Die regionalen Behörden kündigten ihre Absicht an, eine Operation zur Öffnung der blockierten Straßen einzuleiten.

### **Leitender Beamter flieht nach Korruptionsvorwürfen**

Abdinasir Hussein, Direktor für Verwaltung und Finanzen im Informationsministerium der somalischen Bundesregierung, soll Berichten zufolge während laufender Korruptionsermittlungen aus dem Land geflohen sein. Die Korruptionsvorwürfe tauchten auf, als in Berichten deutlich wurde, dass Geld in Höhe von mehreren Millionen US-Dollar auf den Konten des Ministeriums fehlte. Erst am 06.07.23 gab Generalstaatsanwalt Suleiman Mohamud die in Zusammenhang mit Korruptionsvorwürfen stehenden Staatsbediensteten bekannt (vgl. BN v. 10.07.23).

### **WHO: Angriff auf Gesundheitseinrichtung in Las Anod (Somaliland)**

Bei einem Angriff auf eine Gesundheitseinrichtung in Las Anod am 11.07.23 sollen der WHO zufolge Dutzende Menschen, darunter Gesundheitspersonal sowie Patientinnen und Patienten, getötet und verletzt worden sein. Ebenso wurden zwei Krankenwagen zerstört. Die WHO verurteilte den Angriff und forderte alle Konfliktparteien auf, die Neutralität der Gesundheitsversorgung zu respektieren. In Las Anod kam es während der seit Anfang 2023 andauernden gewaltsamen Auseinandersetzungen (vgl. BN v. 06.03. u. 24.04.23) wiederholt zu Angriffen auf Gesundheitseinrichtungen.

## **Sudan**

### **Allgemeine Lage und anhaltende Kämpfe**

Am 13.07.23 gab der Internationale Strafgerichtshof (ICC) in einem Statement zur Situation in Darfur vor dem UN-Sicherheitsrat bekannt, dass Ermittlungen zu Übergriffen auf die Zivilbevölkerung aufgenommen wurden. Der Schwerpunkt liegt dabei auf Verbrechen gegen Kinder sowie auf sexuelle und geschlechtsbasierte Gewalt.

Am 14.07.23 berichteten mehrere Medien über den Fund eines Massengrabs in der Nähe der Hauptstadt West-Darfurs, El Geneina. Demnach seien dort 87 Menschen begraben worden, viele von ihnen Angehörige der Volksgruppe Masalit. Unter Berufung auf Augenzeugen wird berichtet, dass die RSF und mit ihr verbündete Milizen für den Tod der Menschen verantwortlich seien. Überlebende seien gezwungen worden, die Opfer im gefundenen Massengrab beizusetzen – eine würdige Beisetzung auf einem Friedhof sei damit bewusst verwehrt worden. Die Opfer sollen zwischen dem 13.06. und 21.06.23 getötet und nach und nach begraben worden sein.

Nachdem bereits durch die UN vor einer möglichen Ausweitung des Konflikts auf die gesamte Region Ostafrikas gewarnt wurde (vgl. BN v. 10.07.23), wird diese Ansicht auch durch einen landeskundlichen Experten des Londoner Think Tanks Chatham House geteilt. Medien berichteten auf Basis eines entsprechenden Interviews, dass sich derzeit die heftigsten Kämpfe weiterhin in der Region in und um Khartum sowie in Darfur zutragen würden. Demnach seien die Kampfhandlungen in Darfur aufgrund ihrer ethnischen Dimension und zyklischen Gewaltmuster nicht schnell zu lösen. Auch der Vermittlungsversuch am 10.07.23 durch die Intergovernmental Authority on Development in East Africa (IGAD) scheiterte am Widerstand der SAF und RSF. Wobei die RSF einen Repräsentanten zum Treffen der IGAD nach Addis Ababa entsandte, die SAF aber auf jedwede Form der Teilnahme verzichtete. Nach Einschätzung des Analysten von Chatham House ist weder die SAF noch die RSF an der Niederlegung der Waffen interessiert. Beide würden eine strategisch-militärische Eroberung des jeweils anderen anstreben.

Einen weiteren Versuch im anhaltenden Konflikt zwischen SAF und RSF eine Lösung herbeizuführen, stellt ein Gipfeltreffen in Kairo am 13.07.23 dar, bei dem die sudanesischen Nachbarstaaten Libyen, Eritrea, Tschad, Zentralafrikanische Republik, Äthiopien und Südsudan beide Konfliktparteien zu einem Ende der Kampfhandlungen und zu einem umfassenden Dialog, ohne externe Einmischung aufriefen. Neben der Betonung der Souveränität und Integrität des Sudan sowie der Ansicht, dass der Konflikt eine ausschließlich interne

Angelegenheit sei, soll ein Ministermechanismus eingerichtet werden, der zukünftig in Tschad zu möglichen Lösungen des Konflikts konferieren wird. Ein Zeitplan wurde jedoch nicht kommuniziert.

Die Kampfhandlungen halten indes mit unverminderter Intensität an. Am 14.07.23 wurde der Shaabi Markt in Omdurman von der SAF mit Artillerie beschossen, was mindestens 30 Menschen das Leben kostete. Am 16.07.23 wurde in der Stadt Bahri eine Moschee während eines Luftangriffs getroffen, wobei eine neun-köpfige Familie ums Leben kam. Nach Angaben der UN haben bisher mehr als drei Mio. Menschen, knapp 50 % der Bevölkerung Khartums, die Hauptstadt verlassen. Demnach sei es für die meisten der Menschen, die sich derzeit noch in der Hauptstadt aufhalten, aus finanziellen oder gesundheitlichen Gründen nicht möglich, vor den Kämpfen zu fliehen.

## Syrien

### **Nordwesten: Zwischenzeitlicher Stopp der grenzüberschreitenden UN-Hilfslieferungen**

Mit dem Auslaufen des UN-Mandats für grenzüberschreitende Hilfslieferungen für den Nordwestsyrien über die Türkei am 10.07.23, wurden Hilfslieferungen über den betroffenen Bab al-Hawa-Grenzübergang zunächst eingestellt. Im UN-Sicherheitsrat war eine Verlängerung des Mandats gescheitert.

Neben Bab al-Hawa wurden aufgrund des deutlich gestiegenen Bedarfs nach dem Erdbeben im Februar 2023 die temporäre Öffnung zweier weiterer Grenzübergänge zur Türkei durch die syrische Regierung erlaubt. Deren Nutzung durch die UN ist noch bis zum 13.08.23 möglich. Dennoch liefen aufgrund seiner günstigen geografischen Lage 85 % der Hilfen über den Grenzübergang Bab al-Hawa.

Die russische Regierung versuchte im UN-Sicherheitsrat bereits in der Vergangenheit Hilfslieferungen aus Gebieten unter der Kontrolle der Regierung zu fördern, wodurch die syrische Regierung deutlich mehr Kontrolle über den Zugang der Hilfen in Oppositionsgebiete erhalten würde. Nachdem zunächst keine Einigung im UN-Sicherheitsrat gefunden werden konnte, stellte die syrische Regierung eine freiwillige Erlaubnis für die Verlängerung der grenzüberschreitenden Hilfen für einen Zeitraum von sechs Monaten in Aussicht. Hierzu müssten allerdings diverse Bedingungen erfüllt werden und jegliche Hilfslieferung in voller „Kooperation und Koordination mit der syrischen Regierung“ erfolgen. Der Leiter von UN OCHA bezeichnete die Forderungen als inakzeptabel, eine offizielle Entscheidung steht allerdings noch aus.

In den betroffenen Gebieten Nordwestsyriens leben insgesamt etwa 4,5 Mio. Menschen, darunter 2,9 Mio. Binnenvertriebene und zwei Mio. Menschen in Flüchtlingsunterkünften. Ein großer Teil der dort lebenden Menschen ist auf Hilfslieferungen angewiesen.

## Türkei / Syrien

### **Erzwungene Abschiebungen nach Syrien**

Am 15.07.23 wurde berichtet, dass die türkischen Behörden mindestens 160 syrische Flüchtlinge aus ihrem Hoheitsgebiet in das vom türkischen Militär kontrollierte syrische Gebiet Tel Abyad im Umland von Raqqa abgeschoben haben. Medienberichten zufolge sollen die Flüchtlinge unter dem Vorwand der „freiwilligen Rückkehr“ über die Al-Terwaziyah-Linie in das Gebiet gebracht worden sein; dies weckt laut Syrian Observatory for Human Rights (SOHR) Bedenken hinsichtlich einer möglichen demografischen Veränderung in der Region. Die Abschiebungen sollen gewaltsam durchgeführt worden sein. Einige der Abgeschobenen sollen bei ihrer Ankunft in Nordsyrien mit sofortiger Verhaftung durch von der Türkei unterstützte Gruppierungen rechnen müssen. Die Gründe dafür seien unbekannt. Zudem berichtete SOHR, dass türkische Behörden am 14.07.23 mindestens 45 syrische Flüchtlinge über den Grenzübergang al-Hamam in der Region Jindires in das Gebiet der türkischen Militäroffensive „Operation Olivenzweig“ abgeschoben haben. Einige der abgeschobenen Personen sollen Berichten zufolge türkischer Personalausweise (Kimlik) besitzen.

## Tunesien

### **Politische Oppositionelle fünf Monate nach Verhaftung freigelassen**

Am 13.07.23 hatte ein Gericht Medienangaben zufolge Chaïma Issa und Lazhar Akremi, welche im Februar 2023 zusammen mit zahlenreichen weiteren politischen Oppositionellen wegen der vermeintlichen Verschwörung gegen

die Staatssicherheit verhaftet worden waren, freigelassen. Die Politikerin Chaïma Issa ist Mitglied des Oppositionsbündnisses Nationale Heilsfront (Front de Salut National). Der Anwalt Lazhar Akremi fungierte als Minister nach der tunesischen Revolution 2011 und gilt als prominenter Kritiker des amtierenden Staatspräsidenten Kais Saïed.

## Uganda

### **Anhaltende Berichte über Anfeindungen gegenüber LGBTIQ Personen**

Einem Bericht zufolge seien mindestens neun Personen unter dem neuen „Anti-Homosexuality Act“ angeklagt worden – weitere Informationen dazu konnten bisher nicht eingeholt werden. Gewaltandrohungen und Erpressungen gegenüber LGBTIQ Personen hätten seit Einführung des Gesetzes stark zugenommen; v.a. psychische und online Gewalt, darunter die Androhung, die Identität von LGBTIQ Personen preiszugeben. Betroffen seien v.a. LGBTIQ, die in der Sexarbeit tätig sind sowie Organisationen mit LGBTIQ Bezug. Viele Betroffene würden unter den aktuellen Umständen versuchen, ihre sexuelle Identität und Orientierung oder ihren Arbeitsplatz zu verbergen.

## Ukraine

### **Krim: Drohnenangriffe und Explosion an Brücke**

Russischen Angaben zufolge konnte ein größerer ukrainischer Angriff mit Drohnen auf Sewastopol, Hafen der russischen Schwarzmeerflotte auf der Krim, am 16.07.23 vollständig abgewehrt werden. Ukrainische Drohnenangriffe auf die annektierte Halbinsel soll es immer wieder geben. Am Morgen des 17.07.23 wurde berichtet, dass der Verkehr auf der Krimbrücke, die das russische Festland über die Straße von Kertsch mit der annektierten Halbinsel verbindet, eingestellt wurde, nachdem es an einem Pfeiler zu einer Explosion gekommen war. Zwei Personen, deren Auto getroffen wurde, seien gestorben. Bereits am 08.10.22 war es zu einer Explosion eines Lkws auf der Krimbrücke gekommen (vgl. BN v. 10.10.22). Die Krim ist laut Agenturbericht weiterhin Ziel zahlreicher Urlaubender aus der Russischen Föderation.

### **Sonstige Entwicklung des Kriegsgeschehens**

Bei einem russischen Luftangriff, der in einem Schulgebäude eingerichtetes humanitäres Verteilzentrum in Orichiw (Oblast Saporischschja) traf, starben am 10.07.23 sieben Personen. Wie weiter mit Berufung auf ukrainische Angaben berichtet wird, wurden elf Personen verletzt. Der Angriff sei mit einer Lenkflugbombe erfolgt.

Unter wiederholtem russischem Beschuss standen Medienberichten zufolge zuletzt insbesondere die Region Charkiw sowie Region und Stadt Kiew, aber auch Cherson, wo Wohngebiete getroffen worden und mehrere Zivilpersonen ums Leben gekommen seien. Mehr als 20 Verletzte habe es in der Großstadt Saporischschja und im Umland bei Raketenbeschuss gegeben.

Direkte Auseinandersetzungen zwischen beiden Seiten gibt es ukrainischen Angaben zufolge weiterhin um Bachmut, Awdijiwka und Marjinka (alle Oblast Donezk). In letzteren beiden Städten befindet sich die Ukraine laut Vizeverteidigungsministerin Hanna Malyar in der Defensive. Leichte Geländegewinne beanspruchte die Ukraine in der Region Saporischschja in Richtung Berdjansk. Präsident Wolodymyr Selenskyj warnte vor zu hohen Erwartungen an die laufende Gegenoffensive.

Oberbefehlshaber Walerij Saluschnyj bestätigte zwischenzeitlich laut der US-Zeitung Washington Post, dass die Armee Ziele auf russischem Gebiet angreife. Angesichts der unter Auflagen gelieferten westlichen Waffensysteme nutze sie dafür eigene Waffen. Russischen Angaben zufolge beschoss die Ukraine etwa zuletzt die grenznahe Stadt Schebekino.

### **Abt des Kiewer Höhlenklosters in Untersuchungshaft; Weihnachten am 25. Dezember**

Der Abt des bislang des noch der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche (ukr. Ukrain'ska pravoslavna cerkva; UPC) zugehörigen Kiewer Höhlenklosters, Pawlo, wurde laut Medienbericht vom 14.07.23 in Untersuchungshaft genommen. Die Haft gelte zunächst bis zum 14.09.23. Seit Beginn der russischen Invasion gehen die Behörden immer wieder gegen die UPC vor (vgl. BN v. 12.12.22, 20.03.23 u. 15.05.23).

Das Parlament beschloss am 14.07.23 ein von Präsident Selenskyj eingebrachtes Gesetz, welches die „Loslösung von russischem Erbe“ zum Ziel habe, wird berichtet. Zukünftig wird das bisher in der Ukraine überwiegend am 07. Januar gefeierte orthodoxe Weihnachtsfest am 25. Dezember begangen. Seit 2017 bereits war auch der 25. Dezember arbeitsfreier Feiertag. Die UPC begeht ihre Feiertage bislang nach dem julianischen Kalender, der dem heutzutage gebräuchlichen gregorianischen Kalender 13 Tage nachläuft.

## Venezuela

### **OVV Zulia, Lara und Sucre warnen vor Anstieg von Erpressungsdelikten**

Laut Angaben der regionalen Einheiten der venezolanischen Gewaltbeobachtungsstelle (Observatorio Venezolano de Violencia, OVV) in Zulia, Lara und Sucre befänden sich Erpressungsdelikte in diesen Bundesstaaten im Anstieg. 2022 waren in Zulia besonders Supermärkte und sog. bodegones von entsprechenden Delikten betroffen. Erpressung stellte damit neben dem Drogenhandel eine der wichtigsten Einnahmequellen für bewaffnete Gruppierungen dar, die Geldforderungen erfolgten häufig in USD. Die Gruppen operierten dabei meist mittels schriftlicher und telefonischer Drohungen, mitunter würden auch Autos angezündet, Häuser und Geschäfte beschossen und es käme zu Entführungen oder einzelnen Tötungsdelikten bei Nichtzahlung. In Lara kritisierte die regionale OVV auch die Involvierung von Personen verschiedener Einheiten staatlicher Sicherheitskräfte in entsprechende Delikte. Während u.a. die Erpressung von Viehzüchtern in Zulia andauere, seien in Sucre häufig Personen im Fischereisektor betroffen.

### **Keine Zulassung von EU-Wahlbeobachtenden bei Präsidentschaftswahl 2024**

Nachdem das Europäische Parlament in einer Entschließung vom 13.07.23 u.a. den Ausschluss mehrerer oppositioneller Politikerinnen und Politikern mittels Ausübungsverbotes öffentlicher Ämter verurteilt hatte, hat der Präsident des venezolanischen Parlaments, Jorge Rodríguez, bekannt gegeben, dass keine EU-Wahlbeobachtenden für die Präsidentschaftswahlen 2024 zugelassen werden sollen.

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration  
Briefing Notes  
**BN-Redaktion@bamf.bund.de**